



## Bericht von der ABGR-Konferenz vom 20. bis 21. Juni 2017 in Greifswald

An der ABGR-Konferenz im Institut für Plasmaphysik (IPP) in Greifswald vom 20. bis 21. Juni 2017 nahmen Betriebs- und Personalräte aus Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz- und der Leibniz-Gemeinschaft teil.

Prof. Dr. Thomas Klinger, Mitglied des Direktoriums und der wissenschaftlichen Leitung des IPP, führte die Teilnehmenden in die wissenschaftlichen Aufgaben des Institutes ein. Der Physiker Dr. Stefan Marsen vertiefte das Thema der Kernfusion im Plasma in einem weiteren Vortrag und stellte auf einem Rundgang den Stellarator vor.

Am ersten Tag war Tilman Anuschek, Vorsitzender Richter am LAG Mecklenburg-Vorpommern zu Gast und hielt einen Vortrag zum Thema „Neue Medien – Neue Arbeitswelt – Veraltetes Betriebsverfassungsrecht?“. Seiner Beobachtung nach führt die fortschreitende Digitalisierung zu einer Auflösung des konventionellen, betriebsverfassungsrechtlichen Betriebsbegriffes. Die Rechtsprechung und jetzt auch der Gesetzgeber (§ 611a BGB) haben darauf reagiert. Sie definieren den Betrieb nicht mehr als örtliche Einheit, sondern die existenten Weisungsketten ordnen den Arbeitnehmer einem Betrieb zu. Bei der Digitalisierung der Betriebsratsarbeit riet er zur Vorsicht. Reformbedarf besteht nach seiner Auffassung in folgenden Punkten:

- Öffnung der Betriebsverfassung für arbeitnehmerähnliche Personen
- Erweiterung der Beteiligungsrechte des Betriebsrats beim betrieblichen Wandel unterhalb der Schwelle der Betriebsänderung
- Schaffung eines Beweisverwertungsverbots für mitbestimmungswidrig erlangte personenbezogene Daten der Beschäftigten
- Öffnung der Kommunikation zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat für die Nutzung elektronischer Medien

Das Thema „Hält das Betriebsverfassungsgesetz den Herausforderungen des Zeitalters 4.0 stand?“ wurde ebenfalls diskutiert mit Heiko Miraß (Direktkandidat der SPD in Vorpommern/Greifswald für die Bundestagswahl 2017) und RA Thomas Berger aus Berlin, aber auch mit den Gewerkschafts-Vertretern Matthias Neis (ver.di Berlin), Sonja Staack (GEW) und Susanne Schöttke (ver.di Landesbezirksleitung Nord). Zusammengefasst ist zwar Reformbedarf in der Zukunft erkennbar, aber vieles ist bei konsequenter Anwendung des aktuellen Gesetzes auch jetzt schon möglich.

Die Arbeit der in der ABGR organisierten Ausschüsse wurde anhand der vorgelegten Arbeitsberichte ausführlich diskutiert und die Ausschüsse wurden bestätigt, ihre Arbeit fortzusetzen.

Der Ausschuss Grundsatzfragen brachte die derzeitigen Bewegungen innerhalb und zwischen den Wissenschaftsstrukturen in Deutschland als Thema ein, was nicht abschließend diskutiert werden konnte.

Die Berichte aus den vier Forschungssäulen wurden zur Kenntnis genommen.

Die Konferenz hat ebenfalls beschlossen, sich zukünftig wieder verstärkt in die wissenschaftspolitischen Debatten mit eigenen Positionen einzubringen.

---

<sup>1</sup> Die Arbeitsgemeinschaft der Betriebs- und Personalräte der außeruniversitären Forschungseinrichtungen – Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), Max-Planck-Gesellschaft (MPG), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) – vertritt gut 100.000 Beschäftigte in Forschung und Entwicklung.